

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

Worum geht es?

Die Medien berichten fast ausschließlich hoffnungsvoll vom geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA. Der Wegfall von Zöllen und anderen Handelsbarrieren könne dem riesigen Wirtschaftsraum, der entstände und sich noch in den Nachwehen der Finanzkrise bzw. inmitten der Eurokrise befindet, einen enormen Schub verleihen.

Aus Sicht vieler Organisationen, die sich zum **Bündnis „TTIP – UnFAIRhandelbar“** zusammengeschlossen haben, ist vor einer solchen transatlantischen Partnerschaft jedoch ausdrücklich zu warnen! Sie würde Sachzwänge schaffen, die eine Aufrechterhaltung von demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und ökologischen Zielen unmöglich machen. **Warum?**

1. Eine Freihandelszone ruft grundsätzlich **verstärkte Konkurrenz- und Gewinnstrukturen** hervor, da politische Vorschriften zum Schutz eigener Industrien wegfallen. Kleine und mittelständische Unternehmen können in Not geraten – manche Klausel diene ihnen als Schutz vor der globalen Konkurrenz.
2. Zwar kann es aufgrund steigender Profite großer Konzerne zu einem Wachstum in der transatlantischen Zone kommen, aber die Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte zeigen, dass **Wachstumsgewinne nicht mehr bei den Bevölkerungsmehrheiten** ankommen, sondern den Druck auf Löhne und Arbeitsmarkt erhöhen und somit die Umverteilung von unten nach oben verstärken.
3. Die Verhandlungen werden unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** geführt. Die Taktik der Intransparenz erleichtert es, Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, weil die Zivilgesellschaft mit ihren Anliegen nicht partizipieren und rechtzeitig mobilisiert werden kann.
4. Zwar beteuert Handelskommissar Karel De Gucht, **europäische Errungenschaften und Standards** würden vehement verteidigt, doch der von NGOs enthüllte Mandatstext¹ zeigt, dass die EU-Kommission weitreichende Angebote an die USA macht: **Sämtliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge**, Gesundheit, Wasser, Energie, Transport und Bildung, sollen bei den Verhandlungen zur Marktöffnung nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus können europäische Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz- und Arbeitsschutzstandards, die i.d.R. höher sind als die US-amerikanischen, zu **Handelshemmnissen für die USA** erklärt werden. Erfahrungen mit Freihandelsabkommen haben gezeigt, dass solche Standards **auf niedrigem Niveau einander angeglichen** werden. So fänden sich hormonbehandeltes Fleisch und gentechnisch veränderte Lebensmittel – ungekennzeichnet – in europäischen Supermärkten wieder; und Fracking könnte gängige Praxis werden.
5. **Es geht jedoch nicht nur um Handel und Zölle, wie uns die unkritische, aber regierungsfreundliche Presse weismachen will – es geht um viel mehr! Es geht um Investitionsschutz !**

Was ist Investitionsschutz?

Prozesse im Hinterzimmer. Firmen gegen Staaten. Großkonzerne wie Chevron, Exxon, Philip Morris, Goldman Sachs etc. etc. Es geht um Milliarden und um große Politik. Kaum jemand weiß von diesen geheimen Verfahren, zu denen die Öffentlichkeit keinen Zugang hat.²

¹ http://www.s2bnetwork.org/fileadmin/dateien/downloads/EU_Draft_Mandate_-_Inside_US_Trade.pdf
EU-Verhandlungsmandat

² <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2013/0606/recht.php5> **Monitor** vom 06.06.2013

Was ein (innereuropäisches!) Investitionsabkommen bringen kann, führt uns der schwedische Energiekonzern **Vattenfall** vor. Er will sich 3,7 Mrd € Schadensersatz wegen des Atomausstiegs erklagen (Brunsbüttel und Krümmel). Aufgrund eines Handels- und Investitionsabkommens mit Schweden ist es also möglich, deutsche Umweltschutzbestimmungen³ und den Atomausstieg auszuhebeln bzw. ihn sich teuer bezahlen zu lassen.⁴

Kann der nächste größere Fall „Exxon gegen die Bundesrepublik“ wegen nicht genehmigtem Fracking sein? Und kann die Wasserversorgung dann doch noch privatisiert werden, trotz erfolgreicher EU-Bürgerinitiative? Ist überhaupt nicht abwegig.

Der Investorenschutz ermöglicht juristische Sonderklagerechte. Global Player gehen gegen demokratische Entscheidungen und Staaten vor und beeinflussen sie damit schon im Vorfeld. Verhandlungen zur Erhaltung von Standards und öffentlichen Gütern könnten zur reinen Farce werden.

Laut einem Artikel im Effecten-Spiegel vom 27.6.2013 beliefen sich die direkten Auslandsinvestitionen auf ca. 3700Mrd.US\$, während das Handelsvolumen nicht mal 1000 Mrd.US\$ erreichte. **Die Themen sind also vor allem Investmentregeln, Besteuerung und Geschäftsregeln.**

Fazit

TTIP stellt einen weiteren Schritt in Richtung Ausbeutung von Mensch und Natur dar. Multinationale Konzerne hätten noch größere und ganz legale Druckmittel in der Hand, um in deren Sinn Staatsentscheidungen zu lenken. Auf der juristischen Basis des Investorenschutzes kann mächtigen Interessen einer Minderheit kaum noch etwas entgegengesetzt werden.

Mehr als um Zollsenkungen und den transatlantischen Handel geht es den von Freihandelsbefürwortern und -nutznießern beeinflussten Verhandlungspartnern⁵ in letzter Konsequenz darum, unpopuläre marktliberale Maßnahmen gegen den Willen der eigenen Bevölkerungen umzusetzen. TTIP könnte der EU dazu ein Hilfsmittel sein – den Fiskalpakt ergänzend. Man müsste spätestens nach einer Unterzeichnung wahrlich von postdemokratischen Zeiten sprechen! Aber bereits die Verhandlungen setzen die Staaten unter Druck, Maßnahmen zur Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung voranzutreiben. Jens Berger von den NachDenkSeiten bezeichnet TTIP daher zurecht als „weitere Hintertür für neoliberale Reformen“⁶

Gute Kompromisse und Ausnahmeregelungen sind nicht realistisch!

Deshalb: Die Verhandlungen zum Scheitern bringen! Wir brauchen kein TTIP!

3 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/klage-um-kraftwerk-moorburg-bundesregierung-und-vattenfall-einigen-sich-a-714030.html>

4 <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article2079591/Klage-Vattenfall-will-Milliarden-von-Bundesregierung.html>

5 **Und hier die Meinung von Steffen Stierle, Mitglied im Kokreis Attac-Deutschland**
<http://blog.attac.de/ttip-worum-geht-es/>

6 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=16289>

Und das Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen:
http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Handel/pospap_ttip_fin.pdf